



Bayerisches Staatsministerium der Justiz • 80097 München

Per E-Mail:

Bayerisches Staatsministerium
für Gesundheit, Pflege und Prävention

Psychiatrie@stmjg.bayern.de

Telefon
089 5597- [REDACTED]

Telefax
09621 96241-0072

E-Mail
[REDACTED]@stmjg.bayern.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
12. August 2025

Bitte bei Antwort angeben
Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom
D2 - 3475 E - I - 10699/2025

Datum
21. August 2025

**Bericht der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter über den Besuch der
Kinder- und Jugendpsychiatrie [REDACTED]
Antwortbeitrag**

Sehr geehrter Herr Dr. [REDACTED],
sehr geehrte Damen und Herren,

gemäß Ihrer Anforderung vom 12. August 2025 übermittle ich Ihnen zur Feststellung C.IV.1 aus dem Bericht der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter folgenden Antwortbeitrag:

„Die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter kritisiert in ihrem Bericht unter C. IV.1 die einjährige Geltungsdauer eines gerichtlichen Beschlusses zur Unterbringung einer Jugendlichen. Sie bezieht sich dabei insbesondere auf die ebenfalls im Beschluss enthaltene Genehmigung von freiheitsentziehenden Maßnahmen wie einer 7-Punkt-Fixierung, der Unterbringung in einem Time-Out-Raum sowie eines Zimmereinschlusses. In diesem Zusammenhang äußert die Stelle Bedenken hinsichtlich der Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit. Zudem legt sie dar, dass Vorratsbeschlüsse rechtlich unzulässig seien. Hierzu ist Folgendes auszuführen:

Hausanschrift
Prielmayerstr. 7
Justizpalast
80335 München

Haltestelle
Karlsplatz (Stachus)
S-Bahn, U-Bahn
Trambahn

Telefon
089 5597-01
(Vermittlung)

Telefax
09621 96241-0179

E-Mail:
poststelle@stmjg.bayern.de
Internet:
<http://www.justiz.bayern.de>

Nach § 1631b Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) bedürfen freiheitsentziehende Maßnahmen gegenüber Kindern und Jugendlichen der Genehmigung des Familiengerichts, wenn sie sich in einem Krankenhaus, einem Heim oder einer sonstigen Einrichtung aufhalten, und der Freiheitsentzug über einen längeren Zeitraum oder regelmäßig durch mechanische Vorrichtungen, Medikamente oder auf andere Weise in nicht altersgerechter Weise erfolgen soll.

Freiheitsentziehende Maßnahmen sind nur dann zulässig, solange sie zum Wohl des Kindes, insbesondere zur Abwendung einer erheblichen Selbst- oder Fremdgefährdung, erforderlich sind und der Gefahr nicht auf andere Weise, auch nicht durch andere öffentliche Hilfen, begegnet werden kann. Maßgebliches Entscheidungskriterium des Familiengerichts ist insofern gem. § 1631b Abs. 2 S. 2 i. V. m. Abs. 1 S. 2 BGB das Wohl des Kindes. Art, Dauer und ggf. Intervall einer freiheitsentziehenden Maßnahme müssen eng am Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ausgerichtet sein.

Das Gericht trifft die Prognoseentscheidung, für welchen Zeitraum die konkrete freiheitsentziehende Maßnahme zum Wohl des Kindes zu genehmigen ist, einzelfallabhängig unter Berücksichtigung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes. Sog. richterliche „Vorratsbeschlüsse“, also gerichtliche Entscheidungen, die vorsorglich erlassen werden, für den Fall, dass eine bestimmte Voraussetzung in Zukunft eintritt, widersprechen dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Stellt das Familiengericht hingegen im Rahmen seiner einzelfallbezogenen Prognose fest, dass eine bestimmte freiheitsentziehende Maßnahme für einen konkreten Zeitraum erforderlich und verhältnismäßig ist, liegt kein „Vorratsbeschluss“ vor. Nach § 167 Abs. 7 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) enden freiheitsentziehende Maßnahmen bei Kindern und Jugendlichen spätestens nach Ablauf von sechs Monaten, bei offensichtlich langer Sicherungsbedürftigkeit spätestens mit Ablauf eines Jahres. Eine offensichtlich lange Sicherungsbedürftigkeit i.S.v. § 167 Abs. 7 Hs. 2 FamFG ist durch das Gericht ausführlich und umfassend zu begründen. Sie kann etwa gegeben sein, wenn ein dauerhaft körperlich schwerstbehindertes Kind vor einer Selbstgefährdung durch Stürze aus einem Bett oder Rollstuhl geschützt werden muss (BT-Drs. 18/11278, 19).

